

Amtsblatt der Stadt Übach-Palenberg

amtsblatt@uebach-palenberg.de | 02451 / 979 - 0

23. Jahrgang



21. April 2020 | Nr. 8

Hg.: Stadt Übach-Palenberg | Der Bürgermeister

Öffentliche Bekanntmachungen

Haushaltssatzung der Stadt Übach-Palenberg für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW 1994 S. 666/SGV NW 2023), in der zurzeit geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Übach-Palenberg mit Beschluss vom 28. November 2019 für das Haushaltsjahr 2020 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

- im Ergebnisplan
 - der Gesamtbetrag der Erträge auf 68.017.800,00 Euro
 - der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 67.898.091,00 Euro
- im Finanzplan
 - der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 62.526.442,00 Euro
 - der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 71.679.372,00 Euro
 - der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf 6.394.383,00 Euro
 - der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf 13.937.874,00 Euro
 - der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf 4.166.614,00 Euro
 - der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf 6.012.039,00 Euro

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2020 für Investitionen erforderlich ist, wird auf 504.198,00 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 10.187.270,00 Euro festgesetzt.

§ 4

Eine Inanspruchnahme des Eigenkapitals soll nicht erfolgen.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 24.000.000,00 Euro festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden durch Hebesatzung vom 26.11.2015 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 300 v. H.
 - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 680 v. H.
2. Gewerbesteuer auf 475 v. H.

§ 7

Nach dem Haushaltssanierungsplan wird der Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe des Landes erstmals im Haushaltsjahr 2016 und von diesem Zeitpunkt an jährlich erreicht. Der Haushaltsausgleich ohne Konsolidierungshilfe wird im Haushaltsjahr 2021 erreicht.

§ 8

1. Bildung von Budgets

Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung bilden die jeweiligen Produkte das Einzelbudget. Die Budgetverantwortung obliegt den jeweiligen Produktverantwortlichen mit Ausnahme der zentralen Bewirtschaftungsregeln (vgl. 2.). Produkte einer/eines Produktverantwortlichen bilden unter Einhaltung der Zielsetzungen der Einzelbudgets ein Gesamtbudget.

Innerhalb der Einzel- und Gesamtbudgets gelten alle Erträge/Einzahlungen und alle Aufwendungen/Auszahlungen sowie alle Verpflichtungserklärungen im Rahmen der Budgetverantwortung als gegenseitig deckungsfähig. Die Gesamtsummen bilden grundsätzlich die Obergrenze und sind für die Haushaltsausführung verbindlich. Der Stadtkämmerer kann die Deckungsfähigkeit zwischen Gesamtbudgets im Rahmen der Gesamtdeckung herstellen.



Es wird darüber hinaus bestimmt, dass bei einer vorliegenden Zweckbindung Mehrerträge/-einzahlungen die Ermächtigungen für die entsprechenden Aufwendungen/Auszahlungen erhöhen.

Bei Mindererträgen/-einzahlungen vermindern sich die entsprechenden Ermächtigungen für Aufwendungen/Auszahlungen. Gleichfalls dürfen zweckgebundene Mehreinzahlungen bei investiven Maßnahmen für Mehrauszahlungen verwendet werden.

2. Zentrale Bewirtschaftung

Ausgenommen von der Haushaltsbewirtschaftung in den jeweiligen Budgets werden Personalaufwendungen (hierfür wird produktübergreifend ein Deckungsring bis zur Höhe der im Haushaltsplan veranschlagten Personalaufwendungen gebildet), zahlungsneutrale Konten für Sonderposten, Abschreibungen und interne Leistungsverrechnungen (diese werden zentral in der Finanzbuchhaltung veranschlagt und bewirtschaftet sofern ausgewiesen) und die Verfügungsmittel des Bürgermeisters (gemäß § 15 GemHVO NRW ist eine Überschreitung des Ansatzes oder die Verbindung mit anderen Budgetmitteln nicht zulässig).

3. Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 83 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) gelten als unerheblich, wenn sie im Einzelfall den jeweiligen Ansatz (incl. Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren gem. § 22 GemHVO, Veränderungen durch eine Nachtragssatzung gem. § 81 GO, Veränderungen im Rahmen der Deckungsfähigkeit und Mehraufwendungen/-auszahlungen aus Mehrerträgen/-einzahlungen) um weniger als 15.000,00 € übersteigen. Gleiches gilt für außerplanmäßige Aufwendungen und

Auszahlungen.

Erhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Stadtrates. Unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Bürgermeisters oder des Kämmers; Im Übrigen sind sie dem Rat zur Kenntnis zu bringen.

4. Sperrvermerk bei Zweckbindung

Haushaltsansätze und Verpflichtungsermächtigungen für Maßnahmen, für die Zuweisungen des Bundes, des Landes oder des Kreises zur Finanzierung haushaltsrechtlich vorgesehen sind, dürfen erst nach Vorliegen der jeweiligen Bewilligungsbescheide in Anspruch genommen werden.

5. Ergänzende Bestimmungen zum Stellenplan

Soweit im Stellenplan der Vermerk „künftig umzuwandeln“ (k.u.) angebracht ist, sind freiwerdende Stellen in Stellen niedrigerer Entgeltgruppen umzuwandeln. Soweit im Stellenplan der Vermerk „künftig wegfallend“ (k.w.) angebracht ist, sind freiwerdende Stellen nicht mehr zu besetzen.

Im Stellenplan ausgewiesene Stellen von Beamtinnen und Beamten können vorübergehend mit vergleichbaren tariflich Beschäftigten und Stellen von tariflich Beschäftigten mit vergleichbaren Beamtinnen und Beamten besetzt werden. Eine entsprechende Anpassung des Stellenplans erfolgt im Folgejahr.

Übach-Palenberg, 28.11.2019
gez. Jungnitsch
Bürgermeister

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist gemäß § 80 Abs. 5 GO NRW dem Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Heinsberg sowie der Bezirksregierung als obere staatliche Verwaltungsbehörde in Köln mit Schreiben vom 01.12.2019 (fristwährend vorab per Email eine Digitalversion) angezeigt worden.

Die Genehmigung der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2012-2021 im Haushaltsjahr 2020 gem. § 6 Abs. 2 des Stärkungspaktgesetzes wurde durch die Bezirksregierung Köln als obere staatliche Verwaltungsbehörde mit Schreiben vom 31.03.2020 erteilt.

Mit Verfügung vom 31.03.2020 hat der Landrat des Kreises Heinsberg als untere staatliche Verwaltungsbehörde abschließend zur Haushaltssatzung 2020 wie folgt Stellung genommen: „Die Haushaltssatzung für das Jahr 2020 kann gemäß § 6 Abs. 4 Stärkungspaktgesetz i.V.m. §§ 76, 80 Abs. 5 GO NRW bekannt gemacht werden“.

Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen wird nach § 80 Abs. 6 GO NRW bis zum Ende der Auslegung des Jahresabschlusses 2019 gemäß § 96 Abs. 2 GO NRW zur Einsichtnahme im Rathaus Übach-Palenberg, Fachbereich 2 Finanzen, verfügbar gehalten.

Hinweis

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen der Satzung nach Ablauf eines Jahres seit der Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung oder Anzeige fehlt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht

worden,

- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Übach-Palenberg, 21.04.2020
gez. Jungnitsch
Bürgermeister

Impressum des Amtsblattes der Stadt Übach-Palenberg	
<p>Herausgeber: Der Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg Wolfgang Jungnitsch, Rathausplatz 4, 52531 Übach-Palenberg</p> <p>Redaktion: Thomas de Jong, Stadt Übach-Palenberg, Rathausplatz 4, 52531 Übach-Palenberg</p> <p>Anzeigen: Thomas de Jong, Stadt Übach-Palenberg, Rathausplatz 4, 52531 Übach-Palenberg</p> <p>Druck: Eigendruck der Stadt Übach-Palenberg</p> <p>Erscheinungsweise: Das Amtsblatt erscheint in der Regel zehn mal jährlich. Bei Bedarf erscheinen weitere Ausgaben.</p> <p>Bezugsmöglichkeiten und Bezugsbedingungen: Das Amtsblatt ist bei der Stadtverwaltung an der Servicestelle kostenlos</p>	<p>erhältlich und steht auf der Internetseite der Stadt Übach-Palenberg - www.uebach-palenberg.de - zum Download zur Verfügung. Bei postalischem Bezug von Einzelexemplaren wird eine Kostenpauschale von 2,- € pro Ausgabe erhoben. Ein postalisches Jahres-Abonnement kostet 20,- €. Bestellungen sind an die Stadtverwaltung, Stichwort: Amtsblatt, Postfach 1220, 52527 Übach-Palenberg, zu richten.</p> <p>Alle Rechte im Rahmen des Urheberrechts vorbehalten. Nachdrucke, Aufnahmen in Onlinedienste und Internet, Vervielfältigungen auf Datenträger sind untersagt.</p> <p>Als kostenlose und unverbindliche Serviceleistung werden die Amtsblätter mit redaktionellem Teil in der Regel an die Haushalte im Stadtgebiet von Übach-Palenberg verteilt.</p>